Aus: **junge Welt** Ausgabe vom 20.04.2023, Seite 12 / Thema
Geschichte und Politik

In Zeiten der Ohnmacht

Wie Weltordnungen Kriege hervorbringen und Kriege Weltordnungen verändern
Von Stefan Bollinger

Menetekel eines späteren Weltkonflikts. Proteste vor dem deutschen Konsulat in Guangzhou nach der »zufälligen« NATO-Attacke auf die chinesische Botschaft in Belgrad im Rahmen der »Operation Allied Force« gegen Jugoslawien, 10. Mai 1999

Die Friedensdividende hat es nie gegeben, eine neue internationale Friedensordnung ebensowenig. Die einst überschaubare und mitnichten ungefährliche bipolare Welt ist nach 1989–1991 weitaus gefährlicher geworden. Die uneingeschränkte Dominanz einer Supermacht – der große Traum des US-Imperialismus – ist nicht eingetreten. Andere Mächte, große, nuklear bewaffnete, und kleinere, melden ihre Ansprüche für eine multipolare Welt an. Die vergangenen gut drei Jahrzehnte brachten offene und verdeckte Kriege, eine Unterwerfung fremder Völker, die auf die westlichen Freiheiten und das westliche Kapital hofften und dabei ihre eigene Geschichte vergaßen. Die pulverisierte Linke hierzulande erlebt, wie vor der eigenen Haustür ein Krieg um die Neubestimmung der Weltordnung tobt, in den die russische Großmacht, so angeschlagen sie schien, sich hat verwickeln lassen. Es ist kein Krieg, in dem es um Recht oder Unrecht schlechthin geht, sondern ein Krieg darum, wer – allein oder in einem Konzert größerer oder kleinerer Mächte – die Geschicke der Welt bestimmt. Linke müssten Partei ergreifen – nicht an der Seite der einen oder anderen Kriegspartei, sondern gegen den eigenen Imperialismus und dessen Agieren aus eigener Machtvollkommenheit oder als Juniorpartner des »freiheitlich-demokratischen« Verbündeten, den Vereinigten Staaten von Amerika.

I.

Die zentrale Fragestellung bleibt. Wie entstehen Kriege, welche Bedingungen liegen ihnen zugrunde, wer hat die Kraft, sie zu verhindern oder zu beenden, ohne Restaurations- und

Revanchegelüste aufkommen zu lassen? Und: Wer verliert die Kriege? Vordergründig geht es um das »Geheimnis«, das mit diesen Kriegen verbunden ist, genauer allerdings darum, dass die Mächtigen dieser Welt und vor allem die Kriegstreiber und Kriegsgewinnler versuchen, daraus ein Geheimnis zu machen.

Historiker wie Öffentlichkeit können Glück haben, wenn die Schleier dieser Geheimnisse gelüftet werden. Das kann mit der Offenlegung der Akten nach verheerenden Niederlagen erfolgen, wie nach 1918 und 1945 vor allem in Deutschland geschehen. Das kann der investigativen Arbeit kritischer Journalisten zu verdanken sein, die etwa einst die »Pentagon Papers« öffentlich machten und den Vietnamkrieg entzauberten, der eben kein Krieg für »Freedom and Democracy« und gegen die vietnamesischen Kommunisten war, sondern ein Unterdrückungskrieg, um den Ausbruch Vietnams aus dem westlichen Machtblock mit allen Mitteln zu verhindern und die Vorherrschaft des Kapitals zu sichern. Es können Whistleblower wie Edward Snowden und Julian Assange sein, die zumindest Teilaspekte der neuen Strategien und Kriege des 21. Jahrhunderts ihrer Geheimhaltung entrissen und dafür ihren Preis zahlen mussten.

Kriege sind immer und – was gerne vergessen wird – von allen Seiten mit einem Gespinst an Lügen, Fälschungen und Verfälschungen umgeben. Dies galt schon lange, bevor das Wort von den Fake News die Runde machte. Die belgische Historikerin Anne Morelli hat vor Jahren treffend zusammengefasst, dass ein Kern der Kriegspropaganda darin besteht, jeden als Verräter zu brandmarken, der sich gegen die Propaganda seines Landes stellt.[1] Für unser Thema ist wichtig: Soll man sich, um nicht als Verräter zu gelten, jeglichen Widerspruchs enthalten? Ist es nicht mehr erlaubt, für sein Land nur dann zu sein, wenn es im Recht ist, aber gegen sein Land, wenn es Unrecht hat? Verlangen Recht und Wahrheit nicht, dass man seine Feinde verteidigt, wenn sie für Verbrechen verantwortlich gemacht werden, die sie gar nicht begangen haben? Auch auf die Gefahr hin, des Hochverrats angeklagt zu werden?

»Verräter« braucht das Land – so sollte die Devise lauten, wenn es um die »Geheimnisse« des Krieges geht –, dabei stehenzubleiben reicht allerdings nicht aus. Die Historiker werden wie die Bestatter erst gerufen, wenn die Geschichte kalt ist, bestenfalls noch ein wenig raucht. Als Propheten sind sie kaum geeignet, sie können nur sagen, was war und warum es so war und vielleicht, warum es so schrecklich schief lief. Die Annahme von einem Lernen aus der Geschichte wirkt erbaulich, erweist sich aber immer wieder als Trugschluss. Und heute erleben wir, dass sich die Aneignung von Geschichte – auch der eigenen politischen Vergangenheit und Traditionslinien – längst in Auflösung befindet.

II.

Es mag sein, dass dies alles Fragen der Vergangenheit sind. Der Erste wie der Zweite Weltkrieg schufen dem gesellschaftlichen Fortschritt, auch der Sache des Sozialismus – bei allen Opfern und Irrwegen –, eine Gasse. Völkergefängnisse zerbarsten, nationale Befreiungsbewegungen bekamen Aufschwung, soziale Umbrüche für Demokratie und Sozialismus hatten auf einmal freie Bahn. Die Vielzahl der gleichzeitig stattgefundenen Kriege und Konflikte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – gegen und für die nationale Befreiung, oft mit sozialistischer Zielstellung – fanden unter der Hauptüberschrift der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus statt.

Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa begann etwas, was heute, drei Jahrzehnte später, als Begriff fälschlicherweise für etwas anderes herhalten muss: die »Zeitenwende«. Dieser

Crash und vor allem das Ende und der Zerfall der Sowjetunion markierten einen Umbruch, der für einfältigere Beobachter leicht als das »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) abgehakt werden konnte. Dass da immer wieder größere oder kleinere Konflikte aufflammten, dass da die USA, die NATO und die EU versuchten, auf den Trümmern des Realsozialismus »Ordnung« zu schaffen und in Exjugoslawien, im Nahen und Mittleren Osten, an der Peripherie der einstigen Sowjetunion »Stabilität« und »Menschenrechte« nach westlich-demokratisch-kapitalistischer Fasson zu exportieren suchten, schien für das Weltgefüge zunächst keine großen Erschütterungen nach sich zu ziehen.

Es dauerte bis zum Jugoslawien-Krieg 1999, bis die Konflikte erkennbar eine andere Dimension annahmen. Was damals als Episode erschien, waren Menetekel eines erneuerten (kalten) Krieges um die Weltherrschaft. Die Russische Föderation und die Volksrepublik China gerieten zunächst nur punktuell in Konfrontationssituationen mit dem Westen: da der beinahe bewaffnete Konflikt um den jugoslawisch-kosovarischen Flughafen in Pristina zwischen einem Trupp russischer Fallschirmjäger, einem schießwütigen NATO-Oberbefehlshaber und einem besonnenen britischen General vor Ort, dort die »zufällig« zerstörte chinesische Botschaft in Belgrad durch NATO-Bomben.

Der Versuch, das »Ende der Geschichte« mit der Einführung von westlicher Demokratie und Marktwirtschaft unter US-amerikanischer Vorherrschaft durchzusetzen, begann zu scheitern. Weder Beijing noch Moskau gaben klein bei und waren auch nicht bereit, sich Washington, Brüssel oder Berlin zu unterwerfen. Mit dem Aufstieg respektive dem Wiederaufstieg beider Großmächte begann sich jene Konstellation zu etablieren, die heute die Konfliktlage in der Welt bestimmt – ein nuklear bewehrtes Dreieck der Großmächte, wobei in deren Schatten Schwellenmächte von Brasília über Pretoria und Ankara bis Neu-Delhi ebenfalls eine Alternative zur US-dominierten unipolaren Welt der Jahrzehnte nach 1989–1991 anstreben.

Konnte 1919 in Versailles noch dem Kriegsverlierer Deutschland die alleinige Kriegsschuld aufgezwungen werden, und wurden in Nürnberg die faschistischen deutschen Kriegstreiber und Völkermörder abgeurteilt, so zeigt eine nüchterne Geschichtsbetrachtung, dass die jeweilige Vorgeschichte dieser Kriege reichlich komplex war und kein gerader Weg in diese Kriege führte. Niemand »schlitterte« in den Ersten Weltkrieg, und der Zweite begann auch nicht allein aufgrund der Wahnvorstellungen eines deutschen »Führers«. Beide waren vielmehr Resultate einer langfristigen, konfliktreichen Beziehung zwischen imperialistischen Staaten und nach 1917 auch zu einem sozialistischen Alternativsystem, das sich der Weltrevolution verschrieben hatte, aber bald schon gezwungen war, den eigenen, alternativen Staat zu verteidigen.

III.

In scheinbar aussichtslosen Zeiten der Ohnmacht mögen sich einige Linke des alten chinesischen Sprichworts von den im Tale kämpfenden Tigern erinnern, die der kluge Beobachter vom Berge aus betrachtet. Kann der kluge Linke über den Entwicklungen thronen und hoffen, dass die schon irgendwann zu seinen Gunsten ausgehen werden? Träumt er von jenen revolutionsträchtigen Zeiten, als ein Karl Liebknecht den Hauptfeind im eigenen Lande ausmachte und ein Lenin die Niederlage des imperialistischen Russlands zugunsten von »Frieden, Brot, Land und nationaler Selbstbestimmung« anstrebte?

Dabei bleibt gegenwärtig die Frage, welcher Sieg weltpolitisch aus linker Perspektive akzeptabel erscheint. Natürlich wirken »Coke« und »Route 66« verlockend, aber verliert die westliche

Hegemonialmacht damit ihren Expansions- und Unterdrückungscharakter? War es nur fataler »Antiamerikanismus«, der Generationen östlicher wie westlicher Kriegsgegner dazu »verleitete«, der US-amerikanischen Kriegs-, Interventions- und Terrorpolitik Widerstand zu leisten? Welche Chancen böten sich einer multipolaren, an Widersprüchen reichen und sicher auch nicht besonders demokratischen Welt, die einen anderen Entwicklungsweg darstellte als den, den die USA mitsamt ihren treuesten Verbündeten verfolgten? Bieten sich da womöglich Gelegenheiten für das Wiedererstarken sozialer Bewegungen, für Alternativen zum real existierenden Kapitalismus?

Zurück ins 20. Jahrhundert: Das waren Zeiten, in denen die Welt hätte so einfach sein können – zwischen denen da oben, den Kapitalisten und Aristokraten, und denen da unten, den Arbeitern und Bauern. Aber auch damals existierte diese Trennschärfe nicht ohne weiteres. So konnte falscher Patriotismus beziehungsweise Nationalismus mit Beginn des Ersten Weltkriegs sozialistische Ideale und einstige Friedensschwüre übertönen. Selbst die Konstellation am Vorabend des nächsten Weltkriegs war nicht so einfach – da gab es die Konfrontation zwischen der Welt des Kapitals und dem einzigen sozialistischen Staat, da gab es Londons Appeasement und das polnische Obristenregime, das die Bolschewiki mehr fürchtete als den deutschen Todesstoß.

IV.

Wer sich mit der Geschichte beschäftigt und zugleich auf die aktuellen Kriege schaut, ist vor Herausforderungen gestellt. Moralisieren mag für gelebte humanitäre Solidarität hilfreich sein, für Politik weit weniger. Heute sind auch nicht wenige Linke rasch zur Stelle, das Denken in historischen Konfliktlinien als »altes Denken« zu denunzieren. Sie bedauern jene, die heute auf geostrategische Zugänge auch der gegenwärtigen Politik bestehen, als bemitleidenswerte Nostalgiker, die nicht mitbekommen hätten, was sich in den postsozialistischen Staaten heute abspielt, und denken dabei vornehmlich an den Kreml und den Platz des Himmlischen Friedens. Sie entdecken ihre Sympathien für die Herrschenden in Osteuropa und die dort manipulierte Bevölkerung, für die jene Zwischenkriegszeit nach 1917/18 eine Zeit der Demokratie und der nationalen Würde war, vergessen dabei aber, dass von Warschau bis Sofia zumindest halbfaschistische Regime herrschten, die mit Linken, Demokraten, oft auch Juden sowie Sinti und Roma am liebsten kurzen Prozess machten. Und diese neuen Osteuropaliebhaber wundern sich auch nicht, dass von Riga bis Budapest die widersprüchliche, aber durchaus auch erfolgreiche realsozialistische Geschichte ausradiert wird.

V.

Geschichte ist immer reicher, als vordergründige, häppchengerecht aufbereitete Fakten vermuten lassen. Es geht immer um historische Zusammenhänge und ökonomische Fakten, um Ideologien und eine Geschichtspolitik, die alle Konfliktseiten betreiben.

Die Vorstellung, Kriege nach ihrem Verteidigungs- oder Angriffscharakter zu unterscheiden, zu loben oder zu verdammen, ging nie auf. Das Deutsche Kaiserreich glaubte 1914 zu wissen, dass es sich gegen »die Russen« verteidigen müsse – und nur so konnten die eigentlich umstürzlerischen Sozialdemokraten als Vaterlandsverteidiger bei der Stange gehalten werden. Die Fakten wurden zurechtgebogen, man machte großzügige Versprechen für die Zeit nach dem »Sieg«. Die Aufständischen der nationalen Befreiungskriege des 20. Jahrhunderts verstießen gegen die geltende Ordnung, gegen das Recht, womöglich gar gegen das nicht von ihnen gesetzte Völkerrecht. Denn für sie waren Gleichberechtigung und Freiheit nicht vorgesehen, wohl aber für die sie

unterdrückenden Kolonialmächte. Überhaupt wird gerne vergessen, dass jedes Recht Ausdruck von Macht und durchsetzungsfähigen Interessen ist – ob im Bürgerlichen Gesetzbuch oder im »Code civil« und erst recht im Völkerrecht. Über solche Rechtsrahmen hinaus zu blicken, verlangt die Analyse der handelnden Staaten und Gesellschaften, der Machtmechanismen – ebenso wie die Fragestellung, wer die Staaten lenkt.

Wenn es um die Interessen der handelnden Mächte und ihrer Anführer geht, ist es immer sinnvoll, nach den treibenden kurz-, mittel- und langfristigen ökonomischen Zielen zu fragen. Das schließt die Bestimmung der Hierarchie dieser Interessen ein. In den Blick genommen werden müssen wechselnde Konfliktparteien und Verbündete, die wiederum selbst Ziel des eigenen Expansions- und Profitstrebens werden können. Es ist deshalb seit Ausgang des 19. Jahrhunderts stets ergiebig, nach dem Imperialismus zu fragen – nicht nach dem Expansionsdrang der Imperien seit Cäsar, sondern nach den inneren Machtmechanismen, die schnell zur Analyse der Kapital- und Profitinteressen führen müssen.

Wem nützt es? Das ist immer eine gute Frage – sie führt zur Einflussnahme der Wirtschaft auf die Politik, zu den Rüstungsgewinnlern, exemplarisch 1914 wie 1939 zu beobachten. Das führt auch zu unbequemen Fragen: Was wirkt unmittelbar, was mittelbar? War etwa die britische Rüstungsindustrie zu Zeiten des Appeasements weniger kriegsgeil? Wie wandeln sich die Mechanismen imperialistischer Politik, sind ihre Instrumente zwischen offenem Krieg, Handel und wirtschaftlicher Einflussnahme jederzeit austauschbar? Wie steht es mit dem imperialistischen Charakter etwa der Bundesrepublik angesichts der zusammenbrechenden DDR 1989/90? Wie eigenständig oder wie untergeordnet handeln kleinere kapitalistische Staaten? Was ist mit langfristigen, nicht unmittelbar profitbringenden Zielsetzungen, die sich tief eingefressen haben in das Denken und Handeln der Herrschenden – Ideologien von einer »notwendigen Vorherrschaft« einer »überlegenen Nation« oder »Rasse«?

Nach den tieferen Beweggründen ist zu fragen: Das 20. Jahrhundert war von der Systemauseinandersetzung geprägt – Kapitalismus versus Sozialismus, das heißt Sowjetrussland/Sowjetunion (und ihre Verbündeten) gegen die kapitalistische Welt. Damit konnte das 20. Jahrhundert beinahe hinreichend erklärt werden. Spätestens aber mit der iranischen Revolution von 1979 trat eine scheinbare Ausnahme auf, die sich nicht in dieses Korsett pressen und Ost wie West den Irak für einen Krieg gegen das »Mullahregime« aufrüsten ließ.

Genauer müsste auch nach geopolitischen Strukturen gefragt, müssten Halford Mackinders »Heartland«-Theorie und Zbigniew Brzezinskis »Chessboard«-Überlegungen in den Blick genommen werden. Mit dem Ende der Systemkonfrontation im Zuge des Untergangs des Realsozialismus brachen alte Frontstellungen wieder auf, Geopolitik wurde erneut relevant. Wieder ging es um Vormacht und Hegemonie, um Weltherrschaft.

Dabei besteht kein unmittelbarer Wirkzusammenhang mit den kurzfristigen Profiten infolge von Rüstung, Krieg und Wiederaufbau. Zu berücksichtigen sind ferner historisch begründete Nationalismen und hegemoniale Vorstellungen, sofern die jeweilige Stärke eines Staates dies als wenigstens annähernd realistisch erscheinen lässt, also vor allem bei nuklearen Supermächten, früher bei Groß- und Mittelmächten. Stärker ist zudem nach den Mechanismen von Nationalismus und Chauvinismus zu fragen – auch und gerade in Zeiten der Globalisierung nicht zuletzt als Antwort auf den Zwang der durchgängigen Kapitalisierung aller sozialen Beziehungen durch den Neoliberalismus. Das ist verbunden mit der Einsicht, dass die Erscheinungsformen des

Kapitalismus höchst wandelbar sind und scheinbar eherne Grundsätze – etwa die Ablehnung des Staates als den großen Regulator – jederzeit preisgegeben werden können, wenn um des Profits und der Sicherung der Macht willen auch andere Spielarten und Strategien zur Anwendung kommen.

VI.

Aber eines ist mit dem 6. August 1945, dem erstmaligen militärischen Einsatz einer Atombombe, anders geworden. Die Existenz von Kernwaffen und ihren Trägersystemen ist der große »Gamechanger«, der die Konflikte seit 1945 bis heute – nämlich dann, wenn die Nuklearmächte involviert sind – zu einem tödlichen Risiko der gesamten Menschheit macht. Sich darauf zu verlassen, dass nachdenkliche Militärs im entscheidenden Moment davor zurückschrecken werden, auf den Knopf zu drücken, dürfte naiv sein.

Dummerweise ist die Lektion, die einst John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow 1962 gelernt haben, offenkundig nicht dauerhaft verankert, und die Vernichtungskapazitäten der beiden klassischen Supermächte wie der Neuaufsteiger lassen vermuten, dass Abschreckung nicht das Dauerhafteste ist, was man sich ausgedacht hat.

Der entscheidende Unterschied zur Vergangenheit des 20. Jahrhunderts ist aber der Wegfall demokratischer, letztlich potentiell friedenserhaltender Gegenmächte. Die konnten nationalistisch verseucht werden gegen ihre Klasseninteressen wie 1914, die konnten angesichts des Siegeszuges des deutschen Faschismus und seiner Verbündeten zeitweise paralysiert sein, aber sie haben sich 1917/18 wie 1941 ff. wieder berappelt, brachten Opfermut und revolutionäre Energien auf, um Auswege aus dem Kreislauf von Krieg und Vernichtung zu finden, gleich, ob sozialdemokratisch oder kommunistisch. Der Untergang des Realsozialismus 1989–1991 hat dieser Kraft in all ihren Erscheinungsformen und bei allen konkreten Unterschieden erst einmal den Garaus gemacht.

Diese friedensfordernde, friedensgebietende Gegenmacht wieder zu sammeln, immun zu machen gegen Manipulation und Missbrauch, gegen den ewigen Spaltpilz, ist die Herausforderung, vor der Friedensbewegte, Demokraten und Linke stehen.

Anmerkung

1 Siehe zu Anne Morellis »Prinzipien der Kriegspropaganda« im *jW*-Archiv unter anderem eine Buchbesprechung von Hans Rudolph (Wer zurückschießt, schießt am besten, *junge Welt*, 6. November 2004, S. 13) und Morellis Vortrag auf der XXVIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz (Verteufelter Feind, *junge Welt*, 31. Dezember 2022, S. 12–13).